

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Abnehmer täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Bestellungen monatlich 4 Mk., durch einen Wilsdruffer geschickt in der Stadt monatlich 4,40 Mk., auf dem Lande 4,80 Mk., durch die Post bezogen monatlich 12 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen und Postkarten sowie andere Zuschriften und Geldbestellungen werden jederzeit bestmöglich erwidert. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abrechnung des Bezugspreises.



Interessenten für die 6spaltige Kopypresse oder deren Raum, Centralpreis 100 Mk. Nebenamt 20 Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2spaltige Kopypresse 10 Mk. Nebenamt 20 Mk. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Nichtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernimmt keine Haftung. Jeder Anzeigenspruch erfolgt, wenn der Betrag durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Rechnung gerät.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt  
Verleger und Drucker: Arthur J. Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inseratenteil: Arthur J. Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 3.

Mittwoch den 5. Januar 1921.

80. Jahrgang.

## Amtlicher Teil.

### Kleieverteilung.

Die Landwirte, die die Lieferung der ersten Hälfte der ihnen nach der Bekanntmachung des Kommunalverbandes Meißen-Stadt und -Land vom 7. November 1920 — 589c W — zuzehenden Kleie noch nicht beantragt haben, werden aufgefordert, spätestens bis zum 10. Januar 1921 bei dem Getreide-Einkauf Meißen-Stadt und -Land in Meißen, Neumarkt 34, einen schriftlichen Antrag auf Kleiezuweisung unter genauer Angabe der Art und der Zahl der in Frage kommenden Tiere einzureichen.

Anträge, die nach dieser Zeit eingehen, können mit der ersten Hälfte Kleie nicht mehr beliefert werden.

Meißen, am 3. Januar 1921.

Kommunalverband Meißen-Stadt und -Land.

### Brotmarkenausgabe.

Für die Zeit vom 17. Januar bis 10. April 1921 sind die Brotmarken für die versorgungsberechtigte Zivilbevölkerung von den Gemeindebehörden nach den bisherigen

Vorschriften auszugeben. Die Brotmarken nebst weiteren Unterlagen werden den Gemeindebehörden durch die Druckerei von Klinitz & Sohn in Meißen zugehen, soweit sie nicht dort abgeholt werden.

Meißen, am 1. Januar 1921.

Nr. 985 II E.

Kommunalverband Meißen-Stadt und -Land.  
(Die Amtshauptmannschaft.)

Die Anmeldung der Osfern 1921 schulpflichtig werdenden Kinder hat Donnerstag den 18. Januar vormittags 9—12 Uhr und nachmittags 2—5 Uhr zu erfolgen. Die Kinder sind möglichst mitzubringen.

Wilsdruff, am 3. Januar 1921.

Die Schulleitung.

Wir bitten höflich, Anzeigen bis 10 Uhr vormittags aufzugeben

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

• Frankreich hat eine Note an die deutsche Regierung gerichtet mit Vorwürfen über zahlreiche Verstöße gegen den Friedensvertrag.

• Auf seinem Gute Dobelinow ist der frühere Reichskanzler v. Bethmann Hollweg nach kurzem Krankenlager gestorben.

• Der frühere Oberstaatsminister des deutschen Kaisers, Fürst Solms-Baruth, ist gestorben.

• Die Entente protestiert in einer neuen Note gegen die Verwendung von Flugzeugen im Volkseidienst.

### Wasser in den Wein.

Wie eine Konfessionslos in der Silberhochzeit, so sausen in diesen Tagen Ententennoten über Ententennoten auf das Haupt des armen deutschen Volkes nieder. Es ist, als ob die Gemächlichen in London und Paris noch eine Art Großreinemachen hätten vornehmen wollen, ehe das alte Jahr 1920 vollends in die Versenkung verfiel. Das dabei Frankreich, wie immer, wenn es sich um Werte der Menschlichkeit und der Nächstenliebe handelt, die Führung hatte, versteht sich von selbst, doch gemüht es allmählich den Anschein, als hätte man sich dabei in Paris etwas zuweit vorwagt, denn das Echo, das dieser Notenschein in London hervorgerufen hat, entspricht nicht in allen seinen Tellen den französischen Erwartungen.

Inbesondere scheint es die Ententennote, die ausschließlich von der französischen Regierung gezeichnet ist, den Engländern angetan zu haben. Sie spielen die Überraschten und belohnen unmissverständlich, daß man sich die Sache doch einmal erst überlegen müsse. Warum, so wird gefragt, hat die Kontrollkommission mit ihren Behauptungen bis zum 23. Dezember gewartet und hat dann erst eine volle Breitseite gegen Deutschland abgegeben, statt Schritt für Schritt die Unterlassungen zu bezeichnen, die sie feststellen zu können vermeint? Praktisch, wie die Engländer sind, beantwortet sie alsbald die Unterstellung der Militärkommission unter den Vorschlag, damit man in Zukunft nicht wieder erst unmittelbar am Vorabend weittragender Vermutungen von angekauften Konfliktstoffen Kenntnis erhalte. Jedenfalls brauche man Zeit, die von Frankreich aufgeworfenen Fragen zu studieren und gewissenhaft über sie nachzudenken, damit nichts überhastet werde. Bevor also die Ministerpräsidenten von England, Frankreich, Italien und Belgien mit dem japanischen Vorkämpfer in Paris nicht zu neuen Beratungen zusammengekommen wären, könne von keinerlei Entscheidung in der Angelegenheit die Rede sein. Nicht einmal die Vorkämpferkonferenz reiche aus, um diesen unheimlich schwierigen Fall zu erledigen, hier müsse schon der Oberste Rat zusammentreten, was natürlich erst wieder nach gewissen Vorbereitungen möglich sei. Das alles muß man in Paris ergebenst zur Kenntnis nehmen. Man tut es mit schäudernder Miene, da man sich natürlich keinen Verdruß anmerken lassen will. Und Ministerpräsident Leger hat es sogar über sich gewonnen, beim Neujahrsempfang seiner „vollen Vertriebigung“ über die Lage Ausdrück zu geben. Frankreich befinde sich im Einverständnis mit England, was sich besonders bei den letzten Zusammenkünften gezeigt habe — und, wie wir hinzufügen möchten, wahrscheinlich auch bei den nächsten Zusammenkünften wieder zeigen wird. Woju sind sonst die Franzosen so hervorragende Taktiker? Sie sind es längst geworden, immer viel mehr Varn um eine Sache zu schlagen, als ihnen diese wirklich wert ist; dann können sie, wenn es zur Entscheidung kommt, ruhig ihre Entschlossenheit um ein paar Böcher zurückziehen. Was sie dann erwidern, entspricht zum mindesten immer noch den ursprünglichen Erwartungen. Herr Leger hat selber schon abzubauen begonnen, indem er hinzufügte, was die Frage der Entwaflnung Deutschlands betreffe, so könne er sagen, daß alles normal verlief. Und Herr Millerand, der Präsident der Republik, vergaß natürlich nicht, beim Neujahrsempfang des diplomatischen Korps mit dem Gruß der Überzeugung, der ihn so auf freudig zu

versichern, daß Frankreich dem Friedensideal und der Freiheit ergeben sei und damit seiner Überlieferung treu bleibe. So bleibt der schöne Wahnsinn, den die Franzosen sich immer selber wehrträuernd aufs Haupt setzen, unverletzt, und was nebenher durch den ungestümen Notenantrag gegen Deutschland noch über den Friedensvertrag hinaus erreicht wird, läßt sich mitnehmen, wenn man sich auch einige Absätze an Wehrforderungen und Strafmaßnahmen schon gefallen lassen muß.

Wir erleben dieses ganze Mandöver auf französischer Seite nicht zum erstenmal. Doch ist man in Deutschland nun einmal so furchtlos veranlagt, daß man unwillkürlich die Ohren spitzt, wenn von jenseits des Rheines her geschossen wird. Es wäre besser, wir erinnerten uns öfter der Rhinogeroshaut, von der Fürst Bismarck einmal sprach, als er feststellte, woran es uns Deutschen zumeist im Umgang mit fremden Nationen gebricht. In der Tat sind wir noch lange nicht abgebrüht genug gegen all den Theaterdonner, mit dem die Franzosen uns immer wieder ins Raufloch zu lagern suchen. Noch ist es nicht so weit, daß sie allein auf der Welt geblieben können, und obwohl man uns ja nicht mehr viel mitzureden gestattet, haben doch auch wir es in der Hand, dafür zu sorgen, daß die Franzosen sich heute und morgen wenigstens noch mit anderen Leuten in die Herrschaft der Erde zu teilen haben.

### Die Flugzeuge der Sicherheitspolizei.

Wieder ein Ententeverbot.

Die Vorkämpferkonferenz hat am 31. Dezember folgende Note an die deutsche Friedensdelegation in Paris gerichtet: Unter dem 4. Dezember haben Sie der Konferenz eine Note übersandt, in der die deutsche Regierung erklärt, an der Aussicht festhalten zu müssen, daß eine Ausattung der Polizei mit Luftfahrzeugen weder gegen den Vertrag von Versailles, noch gegen die Bestimmungen von Spa verstoßen würde. Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß die Konferenz nach erneuter Prüfung der Frage nur in aller Form ihre früheren Entscheidungen aufrechterhalten kann.

Das Bestehen einer Luftpolizei steht offenbar im Widerspruch zu Artikel 198 des Vertrages, und die Bildung von Ausbildungserschwadern für die Polizei würde dem Absatz 3 des Artikels 162 direkt zuwiderlaufen. Außerdem haben die alliierten Regierungen in ihrer Note vom 22. Juni bei Erteilung der Genehmigung zu einer Verweigerung der deutschen Polizei die Bedingung gestellt, daß diese mit einer Bewaflnung versehen würde, die ihrer Aufgabe zu entsprechen habe und von der Kontrollkommission zu bestimmen sei. Die Kontrollkommission hat genaue Bestimmungen über diese Bewaflnung getroffen; eine Ausattung mit Flugzeugen ist dabei nicht vorgesehen. Die Konferenz sieht keine Veranlassung, eine Revision dieser Entscheidung anzuordnen.

### Deutschlands Sündenregister!

Das neueste französische Sammelurteil.

Künftig zu Silvester hat die französische Regierung unterem Vorkämpfer in Paris eine unendliche Liste von „Verstößen“ Deutschlands gegen den Friedensvertrag überreicht. Da ist die Rede von: geringer Waffenabgabe, Entwaflnung der Zivilbevölkerung, Entwaflnung und Auflösung der Sicherheitspolizei, Einwohnervewehren, Verabfolgung der Seereschiffe und vielen anderen Sachen. Kurzum, das böswillige Deutschland hat den ganzen schönen Friedensvertrag platzt auf den Kopf gestellt. Damit auch die große Ehrgeiz nicht zu kurz kommt, heißt es zum Schluß des französischen Urteils:

„Unter Vorbehalt der sonstigen von den Kommissionen festgestellten Verstöße gegen den Vertrag und insbesondere der Maßnahmen, die die alliierten Regierungen auf Grund des Friedensvertrages, der Note von Vouloze und des Protokolls von Spa treffen könnten, muß die französische Regierung feststellen, daß am 31. Dezember wesentliche

Bedingungen des Friedensvertrages nicht erfüllt sind, und daß die Deutsche Regierung die Bestimmungen des in Spa am 9. Juli unterzeichneten Abkommens nicht genau beobachtet hat.

Die französische Regierung nimmt, soweit sie beteiligt ist, schon jetzt Akt von diesen Verstößen gegen die von Deutschland freiwillig übernommenen Verpflichtungen. Die alliierten Regierungen werden über diese Verstöße zu befinden haben.“

### Die Antwort der Reichsregierung.

In der ganz ausführlichen Antwort der deutschen Reichsregierung werden die französischen Vorwürfe gänzlich entkräftet. So heißt es bezüglich der Entwaflnung der Zivilbevölkerung: Die angekauften und beschlagnahmten Bestände (413 Gewehre, Minenwerfer, Flammen- und Granatwerfer, 2597 Maschinengewehre, 761 674 Gewehre und Pistolen, 382 688 Stück Maschinengewehre und Gewehrteile) sind sämtlich in derselben Weise wie es bei den abgelieferten Seereschiffen üblich ist, verschrottet worden. Die freiwillig abgelieferten Bestände (378 Gewehre, Minenwerfer, Flammen- und Granatwerfer, 6536 Maschinengewehre, 612 006 Gewehre und Pistolen, 179 485 Stück Maschinengewehre und Gewehrteile) sind bis auf einen verschwindend geringen Rest entsprechend der erwähnten Abzug den Zweigleisen der Reichs-Treuhand-Gesellschaft übergeben worden, die das Material den Hüftenwerken zur Verschrottung zuführt.

Bayern und Lippenstein.

Die deutsche Regierung hat nicht, wie die französische Note vom 31. Dezember sagt, die Entwaflnung der österreichischen und bayerischen Wehren verweigert. Sie hat in ihrem Schreiben vom 9. Dezember ausdrücklich erklärt, daß sie nicht daran denke, sich etwa in dieser Hinsicht der in Spa übernommenen Verpflichtungen entziehen zu wollen. Nur gestatten es die besonderen Verhältnisse in Österreich und Bayern nicht, dort mit der gleichen Schnelligkeit vorzugehen wie in den übrigen Teilen Deutschlands.

50 000 Gewehre und fünf Millionen Gewehre.

Die Behauptung, daß das überschüssige Kriegsgerät des ehemaligen deutschen Heeres noch nicht vollständig abgeliefert sei, muß bestritten werden. Es sei darauf verwiesen, daß annähernd 50 000 Gewehre, mehr als 5 000 000 Gewehre, 60 000 Maschinengewehre und 20 000 Minenwerfer abgeliefert worden sind. Die Kontrollkommission hat aber über die Bestimmungen des Vertrages hinaus mehrfach die Auslieferung von Gerät gefordert, das nicht als Kriegsgerät gelten kann, wie z. B. Fechtgewehre, Blaspatronen und Exerzierpatronen. Diesen Forderungen konnte nicht entsprochen werden. Die Kommission hat auch zum Teil die mangelnde Berechtigung einzelner dieser Forderungen anerkannt, indem sie auf die Ausführung verzichtete. Außerdem geht das Bestreben der Kommission dahin, die Bestände der Reichswehr an Inlandbesetzungsgewehr und Ersatzteilen, an Nachrichten- und Bioniergerät sowie an Ausrüstungsgegenständen auf das Äußerste zu beschränken.

„Das Mögliche ist geschehen.“

Zum Schluß sagt die deutsche Antwortnote: „Gegenüber den von den Kontrollkommissionen herabgehobenen Forderungen, wo Deutschland wirklich oder vermeintlich hinter den Anforderungen des Protokolls von Spa zurückgeblieben ist, weist die deutsche Regierung darauf hin, wieviel seit der Unterzeichnung dieses Protokolls geleistet worden ist. Sie glaubt sagen zu können, daß niemand damals solche Leistungen zur Erfüllung der gehaltenen Forderungen für möglich gehalten hat. Sie wird mit aller Kraft bemüht sein, den übernommenen Verpflichtungen vollends zu genügen. Das Ziel, Deutschland wehrlos zu machen, das die alliierten Regierungen mit den militärischen Bestimmungen des Vertrages von Versailles verfolgt haben, ist aber tatsächlich schon erreicht. Die deutsche Regierung möchte nicht annehmen, daß in dem Protokoll von Spa Unmögliches von Deutschland verlangt werden sollte. Die buchstäbliche Erfüllung hat sich als unmöglich erwiesen. Das Mögliche ist geschehen. Wenn die fran-